und notwendiger Ausgleich erzielt werden muß. Die kleinen Staaten sollen dabei verschwinden. Der Zusammenschluß der kleinen Staaten bedingt andererseits wiederum zum Teil eine andere Organisation der jetzigen großen Bundesstaaten. So ist z. B. ein Großthüringen unmöglich, ohne daß der Regierungsbezirk Erfurt darin aufgeht oder daß auch die geographisch und wirtschaftlich zu Thüringen gehörigen Teile Nordbayerns Anschluß finden. Aus historischen und kommerziellen Interessen dürfte man auf die Selbständigkeit der Handelsstädte, besonders Bremens und Hamburgs, Wert legen.

Blutige Kämpfe in Posen.

Ueber 250 Tote.

Die Vorgänge in Posen und Gnesen sind, wie ziemlich einwandfrei festgestellt werden kann, auf eine umfassende, lange vorbereitete Organisation der Polen Posens zurückzuführen. Die polnischsprechenden Bürger der Stadt Posen und der Umgebung waren schon Wochen vorher mit Waffen durch Warschauer Emissäre versehen worden. Am Freitag kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die Deutschen. Von den Polen wurden Gewehre unter die Lehrlinge und Schulknaben verteilt, die dann auf eigene Faust durch die Straßen zogen und Deutsche beraubten und mißhandelten. Später stürmten die Polen das Artilleriedepot und verteilten Handgranaten und Munition. Sie besetzten den Bahnhof und die Bahnlinien. Am Sonntag früh wurde den in Posen garnisonierenden Regimentern, soweit sie sich noch nicht ergeben hatten, ein Ultimatum gestellt, das am Mittag ablaufen sollte. Als um diese Zeit die Uebergabe noch nicht erfolgt war, wurden die Fliegerkaserne, dann die der Jäger umstellt und unter Geschützfeuer genommen. Bis zu den Abendstunden des Sonntag war in Bromberg über den Ausgang dieses Gefechts noch nichts Sicheres bekannt. Die Zahl der Todesopfer wird bisher auf 200 angegeben. Ob es angesichts dieser Zustände genügt, wenn die Regierung neue Unterhändler, die in der bekannten Weise im Sinne der Verständigung und Versöhnung tätig sein sollen, nach Posen schickt, erscheint sehr zweifelhaft.

Nach den letzten Meldungen soll auch die Stadt Gnesen seit Sonnabend in der Gewalt der Polen sein. In Wreschen, Miloslaw und Schroda haben die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte den Anschluß an das Königreich Polen offiziell vollzogen.

Die Londoner Morning Post meldet aus Reval: Hier liegen Meldungen vor, wonach die polnische Regierung in Warschau die Generalmobilisierung in Polen angeordnet hat.

Das Militärprogramm der neuen Regierung.

Ueber das militärische Programm der neuen Regierung äußerte sich Noske und bezeichnete als ihre Hauptaufgabe, gegen die von Osten drohenden Gefahren mit allen verfügbaren Mitteln einen starken Schutz zu schaffen. Die Reichsleitung denke nicht daran, die Uebergriffe der Polen auf deutsches Gebiet weiter ruhig mit anzusehen, eine feste Hand werde sich dort in allernächster Zeit bemerkbar machen.

Unsere wirtschaftliche Zukunft

Aeußerungen eines sozialdemokratischen Staatssekretärs.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hielt in Berlin einen Vortrag über wirtschaftspolitische Grundsätze, die in seinem Amte bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches Anwendung finden sollen. Er sagte: Die Frage, ob eine baldige Wiederherstellung der Vorkriegswirtschaft möglich ist, ist zu verneinen. Wir haben inzwischen alle Absatzmärkte verloren, dafür in Amerika einen äußerst starken Konkurrenten gewonnen. Die Schwierigkeiten wachsen noch dadurch, daß die Feinde die Rohstoffe besitzen, und wenn sie diese wirklich uns zuführen, die Preisbestimmung in den Händen haben. Ferner durch die ungeheure Ausdehnung der industriellen Anlagen bei der Entente, die zudem ihre Kriegsindustrie leichter auf die Friedensarbeit umstellen kann, da sie Rohstoffe und Absatzgebiete besitzt. Unsere Feinde werden es unsinnig finden, uns Rohstoffe zu liefern, damit wir dann an sie fertige Ware verkaufen könnten. Sie werden dafür vorziehen, uns die fertigen Waren zu liefern.

Es kommt dazu daß unsere Volkswirtschaft durch Kriegsschulden und gewaltige Entschädigungspflichten belastet ist. Ich habe Weihnachten selbst mit den Franzosen in Luxemburg verhandelt. Ich kann Ihnen sagen, daß Frankreich und Belgien in diesem Punkte unerbittlich sein werden. Wir sind zur wirtschaftlichen Politik möglichst rationeller Produktion und Distribution gezwungen. Wir können diese Aufgaben aber nicht mit dem Achtstundentag lösen und die mächtigen Löhne nicht weiterzahlen. Mit dem Abbau des Lohnniveaus muß aber zugleich ein Abbau der Preise erfolgen. Auf dem Gebiete der Verteilung denke ich an eine planmäßige Genossenschaftsförderung.

Die Industrie wollen wir nicht bureaukratisieren. Wir suchen nach den Ideen für Industriezweckverbände mit Selbstverwaltung, auf die alle der Staat in verschiedenen Richtungen Einfluß übt. Zu ergänzen ist diese Arbeit durch großzügige Innenkolonisation. Wir wollen nicht etwa jeden Großgrundbesitz zerschlagen, sondern sind für eine gesunde Mischung der Besitzverhältnisse. Von Enteignung, von bolschewistischen Gedanken wollen wir nichts wissen. Mein Ziel ist: die heimische Scholle soll einen möglichst großen Bevölkerungsteil ernähren, ich denke auch an eine kontinentale Wirtschaftspolitik mit Anlehnung an unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn.

Es ist mir zweifelhaft, daß die Welt für Sozialisierungsideen reif ist. Was hätte der Staat z. B. für Vorteile mit der Sozialisierung der Hamburg-Amerika-Linie? Die Entente hat erklärt, daß sie jedes Staatseigentum als Pfand betrachtet. Aber einer Vermehrung von Kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben bin ich nicht geneigt. Für das Reichswirtschaftsamt ist vor allem immer die Frage maßgebend: Welche Wirtschaftsform ist rationeller vom Standpunkte der Allgemeinheit, nicht der Arbeiter. Aus dem Rockärmel hinaus vor Vorhandensein der verfassungsmäßigen Stellen soll überhaupt nicht vergesellschaftet werden, das wäre undemokratisch.

* * *

Das Kopenhagener Finanzblatt „Finanstitende" schreibt: Die Einwohnerzahl des künftigen Deutschland wird auf 60 Millionen geschätzt. Es wäre also ein Rückgang von 10 Millionen infolge des Krieges eingetreten. Vor dem Kriege war das Arbeitstempo in Deutschland intensiver als in irgend einem anderen europäischen Lande. Mit zäher Energie und Disziplin baute das deutsche Volk ein Nationalvermögen auf, das sich jährlich um 10 bis 12 Milliarden Mark vermehrte. Jetzt ist seine Produktionskraft in unheimlichem Grade verringert. Die Menschen sind ausgehungert, von Krankheit und Trauer getroffen, von Niederlage und Zwietracht gelähmt, viele davon Krüppel. Gleichzeitig sind neue soziale Anschauungen emporgekommen, die in der ausgezehrten Bevölkerung günstige Aufnahme finden und das früher jugendfrische, vorwärtsstürmende Land, ebenso wie nach dem Dreißigjährigen Kriege, in einen schwindsüchtigen Staat verwandeln können. Ein Volk, das diese seelischen Erregungen und Enttäuschungen vier Jahre hindurch ertrug, braucht eine lange Ruhezeit. Man kann nicht erwarten, daß es mit Lust und Liebe die Arbeit wieder aufnimmt. In der Erziehung ist eine Vernachlässigung eingetreten, die erst nach geraumer Zeit wieder gutzumachen sein wird. Nach dem Dreißigjährigen Kriege dauerte es 100 Jahre, ehe Deutschland wieder erwachte, und ebenso ein Menschenalter, bis es die Folgen der französischen Besetzung unter Napoleon überwand.

Das deutsche Volk hat vier Jahre hindurch einen Weltkampf ausgehalten, wie es ihm kein anderes Volk nachmachen kann. Dies wurde durch den Glauben an den endlichen Sieg ermöglicht. Als dieser schwand, ging auch die deutsche Spannkraft verloren. Mit Not und Mühe konnten die Reste des Heeres geordnet zurückgeführt werden. Aber die Krise ist noch nicht überwunden und nur wenige glauben, daß Deutschland diesen Winter ohne Erschütterungen, wie sie in Rußland erfolgten, überstehen wird. Selbst bei genügenden Vorräten an Nahrungsmitteln und Rohstoffen wäre eine blutige Revolution kaum vermieden worden. Der Lebensmittelmangel hat die Gefahren der Lage unendlich erhöht. Der Bruchteil des Volkes, der diesen Winter überlebt, wird sich dem Proletariat Rußlands, Polens und der Balkanvölker näher verwandt fühlen als dem der westeuropäischen Rassen.

Das deutsche Volksvermögen wurde zuletzt auf über 400 Milliarden Mark geschätzt. Der Begriff „Volksvermögen" ist aber schon unter normalen Verhältnissen ziemlich unsicher. Ein Volk, wie das deutsche, das sich selbst in einem alles verzehrenden Kriege ruiniert hat, hat kein Volksvermögen mehr und deshalb auch keine Zukunft. Deutschland ist wie eine Firma, die bankerott gemacht hat. Sie kann wieder errichtet werden, aber nur dadurch, daß Außenstehende neues Geld einschießen und ihr neue Kräfte zuführen. Augenblicklich muß Deutschland von der Hand in den Mund leben. Zunächst gilt es, den Verbrauch der Bevölkerung zu sichern, bis neue Vorräte von auswärts beschafft werden können. Die Zukunftsaufgaben kommen erst in zweiter Linie. Die produktiven Kapitalkräfte Deutschlands sind ebenso wie die Menschenkräfte durch den Krieg aufgebraucht. Bis die inneren Schäden ausgebessert sind, wird es verschiedene Jahre dauern, und in der Zwischenzeit wächst die Welt rings um Deutschland. Ist es dann wieder auf die Beine gebracht, gilt es in erster Linie die Kräfte wiederzugewinnen. Sodann muß das Land seine Verpflichtungen nach außen erfüllen, den Kredit zurückzahlen, den der Wiederaufbau erforderte, und Kriegsentschädigung leisten. Erst dann kann Deutschland wieder daran denken, an der Weltkonkurrenz teilzunehmen. Wie lange Zeit hierfür erforderlich ist, beruht allein auf seiner Widerstandskraft gegenüber dem inneren Zusammenbruch, aber auch auf dem guten Willen der Feinde. Bis auf weiteres darf Deutschland nur so viel Zufuhren von ihnen erwarten, daß es sich notdürftig über Wasser halten kann. Natürlich wird dieser Sklavenzustand nur so lange andauern, als die Rohstoffländer nicht Schwierigkeiten haben, ihre Ueberproduktion abzusetzen. Die idyllische Einigkeit innerhalb des Verbandes dauert nicht einen Tag länger, als der Magen Raum genug für alle Mitfahrenden bietet. Aber in der Staatenentwicklung muß eher mit Generationen als mit Kalenderjahren gerechnet werden. Und es ist kaum wahrscheinlich, daß Deutschland die in diesem Kriege erlittenen Verluste in unserer Generation zurückgewinnt.

Der Völkerbund.

Lord Cecils Ansichten.

Lord Robert Cecil, der auf der Friedenskonferenz die mit dem Völkerbund zusammenhängenden Fragen behandeln wird, sprach in einer Unterredung von den Schwierigkeiten, welche die Einzelheiten des Planes mit sich bringen. Es sei Irrtum, die Verhütung von Kriegen als die einzige Aufgabe des Völkerbundes zu betrachten. Die Hauptsache sei die Anerkennung der Tatsache, daß es wirklich gemeinsame Menschheitsinteressen gibt. Die internationalen Wasserwege werden in Zukunft, wie immer Europa eingerichtet sein möge, von größerer Bedeutung sein als früher. Es könne mehr als ein Fall angeführt werden, wo die Tatsache, daß der Ausweg der einen Macht nach dem Meere im Besitz der anderen war, zu verhängnisvollen europäischen Wirren beitrug. Was die schwierigste Frage, die Abrüstung, betreffe, so könne nichts geschehen, solange nicht ein einiges Vorgehen der Völker der Welt gesichert ist, und solange man nicht einsieht, daß die Interessen der Menschheit größer sind, als die einer einzelnen Nation. Wenn die Nationen dazu gebracht werden könnten, ihren übertriebenen Individualismus aufzugeben, und wenn die internationale Zusammenarbeit eine wirkliche Macht wird, dann bestehe Hoffnung, daß wir ein System einführen können, welches eine starke Garantie gegen den Krieg liefert und selbst die Ursachen für internationale Streitigkeiten vermindern und relativ unschädlich machen würde.

Kleine politische Meldungen.

Die Unruhen in Oberschlesien auf den dortigen Gruben, die Ausschreitungen gegen Grubenbeamte, dauern an. Die Forderungen der Bergleute würden eine jährliche Mehrausgabe von etwa 160 Millionen erfordern. Militär ist bereits eingeschritten. In ganz Oberschlesien, besonders in Gleiwitz, haben Riesenkundgebungen für die Regierung Ebert-Scheidemann stattgefunden.

Plünderungen in Frankfurt. Gruppen entlassener Soldaten und Gesindel drangen in Frankfurt (Main) in die von der Militärverwaltung gemieteten Lagerhäuser der Fellhandlung von Goldschmidt ein und plünderten dort viele Tausende aufgestapelte Mäntel, Stiefel und Hosen. Die Wachmannschaften des Magazins waren gegen die Menge machtlos, verhielten sich von vornherein passiv und erklärten, sie dürften von der Waffe keinen Gebrauch machen.

Von Stadt und Land.

Aue, 31. Dezember.

Zum neuen Jahre!

Das Jahr 1918 geht zu Ende — wenige Stunden trennen uns noch von dem neuen Jahre. Das alte Jahr hat nach verheißungsvollen Anfängen uns in den tiefsten Abgrund gestürzt, es hat ungeheure Umwälzungen mit sich gebracht, es hat unsere Hoffnungen zu Schanden gemacht und unsere Träume grausam zerstört. Aber sollen wir Deutsche nun darum verzagen und entmutigt und erschlafft alles dies als etwas Unabänderliches hinnehmen, sollen darum unsere Tatkraft, unser Lebensmut, unser Selbstbewußtsein dahin sein? Nein und abermals nein! Aus den tragischen Geschehnissen des abgelaufenen Jahres sollen wir neue Kräfte, neue Säfte schöpfen. Die Revolution, die urplötzlich und wie ein reinigendes Gewitter über unser Reich dahingefahren ist, sie soll nicht zerstören, sondern aufbauen, sie soll die Geister nicht lähmen, sondern aufrichten, sie soll die Tatkraft nicht töten, sondern neu beleben, sie soll mit ihrem starken, reinen Geiste uns alle durchdringen, uns alle beseelen, auf daß wir, jeder an seiner Stelle, an der Wiederaufrichtung des schwer getroffenen Vaterlandes mit allen Kräften mitarbeiten!

Ungeheures ist in den kommenden Tagen, die uns hoffentlich auch den ersehnten Frieden bringen werden, zu leisten, soll das Vaterland wieder groß und stark werden, soll aus den Ruinen wieder neues Leben blühen. Wenn jeder Volksgenosse und jede Volksgenossin in vollem Pflichtbewußtsein sich an der Arbeit des Wiederaufbaues beteiligen, dann kann und wird es nicht fehlen. Dann werden wir uns ein neues Haus gestalten, unter dessen schützendem Dache man ruhig wird lagern dürfen. Dazu müssen wir uns näher kommen, müssen Vertrauen zu einander haben, auf daß uns das Band der gemeinsamen Pflichten, die wir dem Ganzen und uns selbst gegenüber zu erfüllen haben, aufs engste umschlinge. Alle für einen, einer für alle — das muß unser völkisches Losungswort im neuen Jahre werden!

In diesem Sinne möchten wir auch allen unseren Lesern von Herzen ein glückliches neues Jahr wünschen!

Wir wünschen ferner, daß auch im neuen Jahre unsere Leser und Leserinnen uns die Treue bewahren wie bisher, die wir ihnen dadurch zu lohnen gedenken, daß wir bemüht sein werden, das Auer Tageblatt immer mehr zum führenden Blatte des Erzgebirges zu machen.

Verlag und Redaktion des „Auer Tageblatt".

Ein Bischof der sächsischen Landeskirche? Der von Pastor Dr. Albani (Lausick) angeregte Gedanke, der evang.-luth. Landeskirche einen Bischof als Oberhaupt zu geben, wird in Sachsen lebhaft erwogen. Man geht mit dem Plane um, den ersten Geistlichen des Landes auf Lebenszeit zu wählen und ihm eine Stellung und Bewegungsfreiheit zu geben, die von der Synode nicht eingeengt werden können. Die Befugnisse des Konsistoriums und des über diesem in evangelicis beauftragten Staatsministeriums würden somit auf den Bischof übergehen.

Die Polizeistunde am Silvesterabend. Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat für den Silvesterabend 1918 die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festgesetzt.

Silvesterfeier. Am Silvesterabend ½10 Uhr findet in der Methodistenkirche (Evang. Freikirche) Bismarckstraße 12 die gewohnte jährliche Silvesterfeier statt. Durch Ansprachen und Chorgesänge soll dem scheidenden Jahre ein würdiger Schluß verliehen werden. Am Neujahrstage abends 7 Uhr findet ebendaselbst ein Familienabend statt. Zutritt ist für jedermann frei.

Zur Beachtung! Am 1. Januar 1919 übernimmt die Stadt Aue das hiesige Elektrizitäts-Ortsleitungsnetz. Etwaige dringende Anfragen aus dem Kreise der Stromabnehmer sind vorläufig an die Polizeiwache zu richten, die sie an die zuständige Stelle weiterleiten wird.

Die demokratischen Kandidaten in Ostsachsen. Die Deutsche demokratische Partei im Wahlkreise Ostsachsen (bisherige sächsische Wahlkreise 1 bis 9) hat beschlossen, folgende Bewerber zur Deutschen Nationalversammlung aufzustellen: An erster Stelle Minister a. D. Nitzschke, Kaufmann in Leutzsch, dann Wilhelm Steinsdorff, Buchdruckereibesitzer und Hauptschriftleiter, Zittau, Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau, Frau Marie Stritt, Dresden, Professor Dr. Kraft, Dresden, Kurt Reichelt, Vorsitzender des Gewerkvereins der Textilarbeiter Deutschlands, Spremberg, Landwirt Zeuner, Bodewitz, Pfarrer Kruspe, Meißen und Ministerialsekretär Schulze, Dresden. — Eine Wahlkreiskonferenz in Leipzig stellte folgende Kandidaten für die Deutsche demokratische Partei auf: 1. Rechtsanwalt Dr. Georg Löpfel-Leipzig, bisher Mitglied der Zweiten Kammer, 2. Privatangestellter Gustav Schnei-